

Nummer 5 Kreuzer

ABONNEMENT
(Pena Acord dahil olmak üzere)

DAHİL İÇİN	HARİC İÇİN
Aylık 1.50 R.M. 2.—	3.00 R.M. 4.—
3 Aylık 4.20 " 12.—	12.00 " 36.—
6 Aylık 8.— " 24.—	24.00 " 72.—
12 Aylık 15.— " 48.—	48.00 " 144.—

Posta Katanı: İstanbul 1909.

Türksche Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kreuzer

BEZUGSPREIS

Inland	Ausland
Nr 1 Monat 1.50 R.M. 2.—	3.00 R.M. 4.—
3 Monate 4.20 " 12.—	12.00 " 36.—
6 Monate 8.— " 24.—	24.00 " 72.—
12 Monate 15.— " 48.—	48.00 " 144.—

Ercheint wöchentlich 6 mal.

Oeschäftsleitung:
Telek-Code: Nr. 888-887.
Drucksch.: Türköp.
Fernsprecher: 44.000.
Postfach: İstanbul 1909.

Lüge um Lüge entlarvt

Weitere Zeugenvernehmungen im Reichsbrandprozess

Berlin, 17. Oktober.
Am 17. Verhandlungstag im Reichsbrandprozess wurden weitere Lügen des „Braunbuchs“ und unwahre Bekundungen von dem Londoner „Untersuchungsausschuss“ als gehässige Erfindungen und Verleumdungen entlarvt.
So bezugten die leitenden Beamten der Gebäuderverwaltung unter Eid, daß von irgend einer besonderen „Beurlaubung“ von Angestellten des Reichstages keine Rede sein kann. Mit Ausnahme von 5 Beamten, die seit längerer Zeit an Grippe erkrankt waren, waren sämtliche Beamten und Angestellten in normalem Dienst.
Der Angeklagte Dimitroff, der heute wieder an der Verhandlung teilnehmen darf, stellte an mehrere Zeugen die Frage, welcher Partei sie angehörten, was von diesen dahingehend beantwortet wurde, daß sie überhaupt keiner Partei angehört oder angehört haben.
Im Zuge einer Zeugenvernehmung kam auch der berühmte „unterirdische Gang“ zur Sprache, wobei sich herausstellte, daß der Schlüssel zu diesem Gang der Kellerschlüssel war, den jeder Angestellte, der im Keller bei der Heizung zu tun hatte, erreichen konnte.
Auch die Braunbuch-Lüge von den SA-Leuten, die im Reichstag gewesen seien, wird entlarvt, da durch die eidlichen Bekundungen erwiesen ist, daß niemand von den Zeugen im Gebäude selbst oder in der unmittelbaren Umgebung zur kritischen Zeit SA-Leute gesehen hat, wodurch sich auch das Märchen von den „brandlegenden SA-Leuten“ und den SA-Motoren, die angeblich die Brandstiftung vor dem Reichstag auf die Befehle des Gruppenführers Ernst gewartet hätten, eben nur als ein Märchen erweist.

Der 18. Verhandlungstag

Berlin, 17. Oktober.
Der 18. Tag des Reichsbrandprozesses wird ebenfalls Zeugenvernehmungen gewidmet.
So wurde der Richter, der die Sitze für den großen Sitzungssaal geliefert hatte, über die Beschaffenheit der verbrannten Stühle vernommen.
Ein Reichstagsbeamter wurde über die späte Anwesenheit des Abgeordneten Torgler im Reichstagsgebäude am Brandtag befragt.
An diesen Zeugen stellt Rechtsanwalt Dr. Sack die Frage, ob er etwas davon wisse, daß am Brandtag Besprechungen im Beamtensaal stattgefunden hätten, was auch dieser Zeuge, ebenso wie die vor ihm befragten Beamten ausdrücklich verneint.
Neuerlich ist somit eine der vielen Lügen des „Braunbuchs“ widerlegt.
Eingehend wurde ein anderer Amtshelfer, der Garderobenwärter des Gebäudes verhört, der über die Telefongespräche Auskunft gibt, die er von seinem Platz aus nach den Fraktionsmitgliedern der KPD geführt hatte, um am späten Abend dem Abgeordneten Torgler die Lieberkleidung in sein Zimmer zu bringen. Er hatte mehrmals angerufen, ohne daß sich Torgler gemeldet hätte.
Der Zeuge wird weiter darüber befragt, ob es oft vorgekommen sei, daß Abgeordnete zu später Stunde noch im Reichstag gearbeitet hätten und ob auch Torgler zu diesen gehört habe.
Der Zeuge bestätigt, daß gerade Torgler sehr häufig bis in die späten Abendstunden im Reichstag gewesen sei.
Nun richtet sich der Angeklagte Dimitroff in die Vernehmung und bittet Fragen stellen zu dürfen.
Er richtet an den Zeugen, ebenso wie bisher an alle anderen Zeugen die Frage, welcher Partei er angehöre.
„Na hören Sie, sind Sie aber neugierig“ erwiderte darauf der Zeuge, was schallende Heiterkeit hervorruft.
Binger belehrt den Zeugen, daß Dimitroff diese Frage an jeden Zeugen richte, und daß das Gericht diese Frage zugelassen habe.
„Ich gehöre keiner Partei an und habe noch nie einer Partei angehört, wenn Sie es schon wissen wollen“ antwortete dann der Zeuge dem Fragesteller und ruff damit wieder Heiterkeit hervor.

Der unterirdische Gang

Nach der Pause werden Angestellte befragt, die mit der Lüftungs- und Heizungsanlage des Reichstagsgebäudes zu tun hatten und damit kommt nun der berühmte „unterirdische Gang“ zur Sprache, jener Gang, der vom Hause des Reichstagspräsidenten zum Reichstagsgebäude führt.
Der Zeuge Obermaschinenmeister Mutka wird nach seiner Vernehmung durch den Vorsitzenden von Dr. Sack, dem Angeklagten Dimitroff und dem Oberreichsanwalt Dr. Werner eingehend befragt.
Vor allem soll der Zeuge angeben, ob es möglich ist, daß durch diesen unterirdischen Gang, der von allen Arbeitern, die mit der Heizung und Lüftung des Gebäudes zu tun hatten, benutzt wurde, zentnerweise Brandmaterial gebracht werden konnte wie das im Braunbuch so eingehend geschildert ist.
Der Zeuge Mutka und ein weiterer Zeuge halten das für unmöglich und ausgeschlossen.
Weiter wird der Zeuge befragt, ob er öfter im Hause des Reichstagspräsidenten gewesen sei, was er bejaht. Auch gibt er an, daß er am Brandtag im Hause des Präsidenten war.
Auf die Frage des Oberreichsanwalts, ob er damals, nämlich am Brandtag SS-Leute, und zwar eine Wache von etwa 20 Mann, dort gesehen habe, antwortet der Zeuge verneinend und gibt weiter an, daß zwar damals einige SS-Leute, etwa zwei oder drei, beim Zeuge

aufgehalten hätten, oder in der Pförtnerloge gewesen seien, von einer Wache von 20 Mann habe er nie etwas gesehen.
Befragt, ob er wisse, daß Goering am Brandtag überhaupt nicht im Präsidentschloss gewesen habe, antwortet der Zeuge, das wisse er nicht.
Nun erhebt sich der Oberreichsanwalt zu längeren Ausführungen und weist darauf hin, daß durch die Vernehmung am Sonnabend schon zwei Lügen des Braunbuchs zur Strecke gebracht worden seien. Die eine nämlich, daß Goering die Beamten des Hauses weggeschickt habe, um unliebsame Zeugen zu benehmen, und die zweite, die sich auf die angeblichen Äußerungen des Branddirektors Gempff beziehen, der gesagt haben sollte, Goering habe ihn verhindert, geeignete Maßnahmen zur Lösung des Brandes zu treffen, und daß er große Mengen Brandmaterial, soviel, daß es einen Lastwagen füllen konnte, gesehen habe.
Die dritte große Lüge des Braunbuchs werde nun in den folgenden Verhandlungen widerlegt werden.
Ohne den Versuch eines Beweises behauptet das Braunbuch, daß der Brand von SA-Leuten unter Führung dreier Personen, nämlich des gegenwärtigen Polizeipräsidenten Heines, des Oberleutnants Schulz und des Grafen Helldorf, gelegt worden sei, die durch den unterirdischen Gang in den Reichstag gekommen seien.
Der Oberreichsanwalt liest nun aus dem Braunbuch, das vor ihm liegt, die betreffende Stelle vor, in der genau beschrieben ist, wie die angeblichen Brandstifter vorgehen. Danach gingen einige SA-Leute unter Heines Führung aus Werk. Jedem einzelnen war vorher genau gezeigt worden, was er zu tun habe, man hatte sogar eine Art Generalprobe abgehalten. Van der Lubbe ging als fünfter oder sechster mit. Auf das Zeichen der Mithelfer, daß die Luft rein sei, ging alles rasch an die Arbeit und in wenigen Minuten war der Brand gelegt, die Flammen stiegen auf... Die Brandstifter liefen dann rasch zurück und van der Lubbe blieb allein.
Der Oberreichsanwalt beantragt nun, die derart Angekündigten als Zeugen zu laden und zu vernehmen.
Weiter wünscht der Oberstaatsanwalt die Zeugenladung von Reichsminister Dr. Goebbels und Reichsminister Goering, die im Braunbuch als intellektuelle Urheber des Brandes und als Mithelfer bezeichnet werden, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich zu diesen unerschönten Anschuldigungen und verläumderischen Lügen vor der Welt zu äußern.
Nach kurzer Beratung des Senats verkündet der Vorsitzende, daß der Gerichtshof den Antrag des Oberreichsanwalts stattgegeben habe und die Herren Heines, Oblt. Schulz und Graf Helldorf, ebenso auch Reichsminister Dr. Goebbels und Ministerpräsident Goering als Zeugen vor das Reichsgericht geladen werden.
Die Vernehmung der drei Erstnennannten wird für Freitag angesetzt, während die Minister zu einem späteren Zeitpunkt, der von der politischen Lage abhängig ist, gehört werden sollen.

Neue Reichsgesetze

Berlin, 17. Okt.
Das Reichskabinett verabschiedete in seiner heutigen Sitzung mehrere Gesetze, so ein Gesetz, betreffend die Aenderung des Bankgesetzes vom 30. August 1924, eine Aenderung des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels vom 12. Mai 1933, sowie ein Gesetz über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks.
Ferner wurde auf Antrag des Reichswirtschaftsministers der Reichsfinanzminister ermächtigt, Garantien für einen Betrag von 10 Millionen Mark zu übernehmen, die von Banken und Genossenschaften an Kleinwerbetreibende gegeben werden sollen.
Durch das vom Reichskabinett heute beschlossene Gesetz zur Aenderung des Bankgesetzes vom 30. August 1924 wird u. a. auch bestimmt, daß die Leitung der Reichsbank in Zukunft, statt wie bisher vom Generalrat, vom Reichspräsidenten ernannt wird.
Der seinerzeit im Zusammenhang mit dem Dawesplan geschaffene Generalrat wird beseitigt.

Neue Eidesformel für Minister

Das Reichskabinett legte ferner die neue Eidesformel für die Mitglieder der Reichsregierung und der Länderregierungen fest.
Die Reichsminister leisten nunmehr bei Übernahme ihres Amtes folgenden Eid:
„Ich schwöre, ich werde meine Kräfte für das Wohl des deutschen Volkes und des Vaterlandes einsetzen, die Verfassung und die Gesetze und die mir obliegenden Pflichten getreu und gewissenhaft erfüllen und meine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen, so wahr mir Gott helfe!“
Die Mitglieder der Landesregierungen leisten den gleichen Eid vor dem Reichsstatthalter, in Preußen vor dem Reichskanzler.

Goebbels gibt Aufklärung

Berlin, 17. Okt.

Reichsminister Dr. Goebbels beantwortete heute einem Berichterstatter der englischen Zeitung „Daily Mail“ einige Fragen, die dieser im Zusammenhang mit dem Ausscheiden Deutschlands aus dem Völkerbund und von der Abrüstungstagung dem Minister stellte.
Die Frage, ob Deutschland bereits mit der Aufrüstung beginne, verneinte der Minister und betonte, daß sich Deutschland an seine vertraglichen Verpflichtungen halten werde. Deutschland erhebt aber die Forderung, daß die anderen Unterzeichner des Versailler Vertrages ihre Verpflichtungen in gleicher Weise erfüllen.
Über das Verhältnis zu Frankreich befragt, wies der Minister darauf hin, daß das Freundschaftsangebot des Führers an Frankreich die Entwicklungsfähigkeit der nationalsozialistischen Partei beweise. Schon seit längerer Zeit sei eine Veränderung im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich festzustellen. Wenn das Saargebiet an Deutschland zurückgegeben werde, habe Deutschland mit Frankreich keine Gebietsfragen mehr zu lösen. Diese Aufgabe entspreche im vollen Umfang der Ansicht des deutschen Volkes, das am 12. November durch einen Volksentscheid sich dafür erklärt hat, ob es in seiner Mehrheit hinter der Politik der Reichsregierung für Frieden und Gleichberechtigung steht.

Stimmen des Auslandes

Rom, 17. Okt.
Der italienische Ministerpräsident Mussolini verfolgt persönlich mit größtem Interesse die Entwicklung der politischen Lage nach dem Austritt Deutschlands aus der Abrüstungstagung und dem Völkerbund.
Wie aus italienischen Blättermeldungen hervorgeht, war man in Rom von den deutschen Entschlüssen unmittelbar vor ihrer Veröffentlichung durch den deutschen Botschafter unterrichtet worden. In den letzten 24 Stunden entfaltete Italien eine lebhaft diplomatische Tätigkeit, um die Einstellung der Abrüstungsverhandlungen zu erreichen. Mussolini will die nächsten Verhandlungen über diese Fragen im Rahmen des Viermächtepaktes abwickeln.
Die italienischen Blätter verweisen im Zusammenhang mit der durch den Austritt Deutschlands geschaffenen Lage auf den Viermächtepakt.
So schreibt die „Stampa“, die Mächte werden erst wieder nach Genf kommen, wenn die vier genannten Mächte sich mit den Vereinten Staaten verständigt hätten. Die Gleichberechtigung sei vor allem eine Frage der Moral.

Tokio, 17. Okt.

Die amerikanische Abrüstungsabordnung veröffentlichte heute eine Erklärung, worin betont wird, daß Amerika in keiner Weise der politische Verbände irgend einer Macht sei.
Vorweisen des japanischen Außenministeriums, wird noch einmal zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und seinem Ausscheiden aus der Abrüstungstagung Stellung genommen.
Der japanische Außenminister äußerte sich, in Japan habe man sich in der Regierung und in der Öffentlichkeit längst über die unbegründete Geduld der deutschen Öffentlichkeit gewundert.

Der Vertragsabschluss mit Rumänien

Titulescu heute wieder in Stambul

Ankara, 17. Okt. (A.A.)
Der rumänische Außenminister Titulescu hatte mit dem Ministerpräsidenten Ismet Pascha und dem Außenminister Tewfik Rüşdi Bej mehrere Zusammenkünfte. Dabei fand ein Meinungsaustausch über die guten Erfolge der Bemühungen beider Länder um den Weltfrieden, insbesondere auf dem Balkan, statt und es wurde auf diesem Gebiete die völlige Übereinstimmung der Ansichten festgestellt.

Ankara, 17. Oktober (A.A.)
Der türkisch-rumänische Freundschafts-, Nichtangriffs-, Schiedsgerichtsbarkeits- und Schlichtungsvertrag wurde heute um 16.30 Uhr im Bücherei-saal des Außenministeriums vom Außenminister Dr. Tewfik Rüşdi Bej und dem rumänischen Außenminister Titulescu unterzeichnet.
Der Vertrag wurde zuerst von Titulescu und dann von Tewfik Rüşdi Bej unterschrieben. Hierauf beglückwünschten die beiden Minister einander zu dem neuen und glücklichen Abschnitt in den freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder auf das Herzlichste. Der Unterzeichnung des Vertrages wohnten außer den Mitgliedern der beiderseitigen Abordnungen der rumänische Gesandte in Ankara, der türkische Gesandte in Bukarest, Hamdullah Suphi Bej, führende Beamte des Außenministeriums und Vertreter der Presse bei.

Festessen

Ankara, 17. Oktober (A.A.)
Generalsekretär der Volkspartei, Redeschep Bej, gab heute um 17 Uhr zu Ehren des rumänischen Außenministers Titulescu im Halkevi einen Tee, zu dem auch der Präsident der G. N. Y., Kiasim Pascha, Angehörige des diplomatischen Korps sowie namhafte Persönlichkeiten der Hauptstadt und Vertreter der Presse erschienen waren.
Ankara, 17. Oktober (A.A.)
Der türkische Gesandte in Bukarest, Hamdullah Suphi Bej, gab heute im Anadolu-Klub zu Ehren des rumänischen Außenministers Titulescu ein Mittagessen, an dem Ministerpräsident Ismet Pascha, der Präsident der G. N. Y., Kiasim Pascha, die Mitglieder des Kabinetts, die übrigen rumänischen Gäste und Angehörige der rumänischen Gesandtschaft sowie führende Persönlichkeiten teilnahmen.
Der rumänische Außenminister Titulescu, der mit seiner Frau und dem übrigen Begleitpersonal gestern Abend An-

Die Saar im Abwehrkampf

Bereits in früheren Jahrhunderten war das deutsche Land an der Saar mit seinen reichen Naturschätzen an Kohlen und Eisen wiederholt ein Opfer französischer Raubzüge. Die Clemenceau'sche Lüge von den 150 000 Saarfranzosen wurde in dem Diktat von Versailles verankert: man baute aus preussischen und bayerischen Gebietsteilen nach den politischen, wirtschaftlichen und strategischen Gesichtspunkten Frankreichs ein künstliches Gebilde, das Saargebiet, zwang diesem Lande, dessen Bevölkerung immer deutsch fühlte und handelte, eine vom Völkerbund eingesetzte fremdländische Regierungskommission auf, in der Frankreich die erste Geige spielte und noch immer spielt. Die reichen Saargruben, ehemaliger preussischer und bayerischer Staatsbesitz, gingen in die Gewalt des französischen Staates über, der darin von allen Anfang an Raubbau trieb.
Von den ersten Tagen an machte sich der zielbewusste unheimliche Wille Frankreichs geltend, das deutsche Saargebiet nicht nur bis 1935, da es nach der Abstimmung wieder an das Reich zurückfallen muß, sondern auf ewige Zeiten in irgend einer Form an sich zu fesseln. Die Leidensgeschichte der Saar ist seit 1918 überreich an Beispielen für diese Behauptung. Seitdem die Versuche mit dem Zuckerbrot gänzlich fehlschlagen, als sich weder durch Lockungen noch Versprechungen die deutsche Bevölkerung der Saar in ihrem Willen, sobald als möglich wieder heim zum Reich zu kommen, irre machen ließ, entthüllte Frankreich sein anderes Gesicht. Rücksichtslos will man nun dem Saargebiet den Willen Frankreichs aufzwingen. Der Regierungsausschuss, der nichts weiter sein soll als Sachwalter des Völkerbundes, kennt nur die Interessen Frankreichs, das einen seiner klügsten Diplomaten in der Saarregierung sitzen hat, Monsieur Morice, den wahren Herrscher und Beherrscher der Saar, der getreu die ihm vom Quai d'Orsay gegebenen Befehle ausführt.
Bei den letzten größeren Wahlen an der Saar — Kommunalwahlen — erlitt die französische Saarpolitik eine schwere Niederlage: von den insgesamt 4500 Gemeindevoten und Kreisvertretern fielen ganze 7 auf die französische Saarländische Liste! Ein katastrophales Ergebnis für Frankreich, ein umso glänzenderes für Deutschland. Irgendwelche Hoffnungen auf die kommende Volksabstimmung hat heute Frankreich nicht mehr, man möchte sie am liebsten nicht stattfinden lassen, denn das amtliche Frankreich kennt die Stimmung an der Saar gar wohl und weiß, daß von den 800 000 Saarländern noch kein 1 v. H. sich für Frankreich entscheiden wird. Das steht jetzt schon unweigerlich fest. Die französische Saarpolitik trägt sich deshalb mit einem anderen Plan. Man will den derzeitigen Zustand, also die „Selbständigkeit“ des Saargebietes, auch nach 1935 aufrechterhalten, was eine weitere wirtschaftliche Beherrschung der Saar durch Frankreich bedeuten würde, auf unbegrenzte Zeit. Dies käme einer Versklavung der Saarbewölkerung gleich, weshalb diese einmütig und geschlossen alle in dieser Richtung liegenden Pläne entschieden ablehnt. Die Gelüste Frankreichs auf die Saar sind trotzdem nicht geringer geworden.
Der Geist der nationalen Erhebung im Reich machte vor den willkürlich gezogenen Grenzen an der Saar keinen Halt. Heute denkt die Saarbewölkerung nicht nur deutsch, sie denkt zum überwiegenden Teil nationalsozialistisch. Die Parteien, sofern sie nicht bereits von der Bildfläche verschwunden sind, lösen sich auf und emziehen ihren Mitgliedern der NSDAP, beizutreten.
Was seit den Tagen der nationalen Revolution die Saar leiden mußte, ist unerhört und stellt alles andere denn ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Saarregierung dar. Verbote über Verbote sind seitdem an der Tagesordnung. Es fing an mit Zeitungsverboten ohne jeden ernstlichen Grund. Der Kampf für die deutsche Kultur, die NSBO wurden verboten. Das Tragen der Uni-

Gömbös und Kanya auf der Reise in die Türkei

Budapest, 17. Okt. (A.A.)

Ministerpräsident Gömbös und Außenminister von Kanya sind heute nach der Türkei abgereist.
Die Zeitungen betonen, daß diese Reise angesichts der lebhaften politischen Tätigkeit, die gegenwärtig in Osteuropa entfaltet wird, notwendig geworden sei. Der zwischen der Türkei, Rußland und einigen anderen Ländern abgeschlossene Vertrag habe für Ungarn großes Interesse.
Darüber hinaus empfehlen die Zeitungen die Einrichtung eines russisch-ungarischen Handelsverkehrs auf dem Donauwege.

Botschafterempfang beim Gasi

Ankara, 17. Okt.

Der neue österreichische Gesandte in Ankara, Buchberger wurde heute vom Staatspräsidenten zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens in Audienz empfangen.
Ferner empfing der Staatspräsident heute den neuen französischen Botschafter Cammerer sowie den neuernannten mexikanischen Gesandten in der Türkei, Genaro Estrada, zur Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben.
Gestern hatte der Staatspräsident um 16 Uhr den neuen amerikanischen Botschafter Robert Peet Skinner und um 16.45 Uhr den neuernannten japanischen Botschafter Muschakoji zur Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben in Audienz empfangen.

Die russischen Kriegsschiffe in Stambul

Die aus einem Kreuzer, zwei Torpedobooten und 3 Unterseebooten bestehende russische Flotteneinheit ist heute vormittag in Stambul eingetroffen und grüßte die Stadt durch Salutschüsse, die von Selimije aus erwidert wurden.
Die russische Flotte wird 3 Tage im Stambuler Hafen bleiben.

Scharfe Angriffe Weniselos' gegen Tsaldaris

Athen, 16. Okt. (A.A.)
In einer Rede, die er in Kreta hielt, ließ sich Weniselos zu heftigen Angriffen gegen die Regierung Tsaldaris hinreißen.
Der Ton, den der Führer der Opposition nach den sehr vernünftlichen Äußerungen des Ministerpräsidenten Tsaldaris anschlug, der sich bereit erklärte, Zugeständnisse zu machen, um zu einer Einigung mit der Opposition zu gelangen, hat in den politischen Kreisen sehr starke Enttäuschung hervorgerufen.

Rechtfertigungsversuch Daladiers

Paris, 17. Oktober.
In der französischen Kammer, die nachmittags um 15 Uhr zu einer Beratung des Haushalts zusammengetreten war, ergriff auch Ministerpräsident Daladier das Wort und erklärte es für eine historische Pflicht, die Finanzen des Landes wieder in Ordnung zu bringen.
Der Ministerpräsident kam dann auf den Austritt Deutschlands zu sprechen und sagte, dieser Austritt sei in einem Augenblick erfolgt, wo die Verhandlungen über die Beschränkung und Verminderung der Rüstungen in ein entscheidendes Stadium getreten seien. Der Austritt Deutschlands bedeutete daher eine Ueber-raschung. In den großen Fragen der Sicherheit sei damit ein neues Element aufgetreten, es müßte daher ein neuer Weg gesucht und gefunden werden, der nicht nur die Interessen Frankreichs und Deutschlands betreffe, sondern die der Gemeinschaft der Völker.
Frankreich, das durch seine Verteidigungsmaßnahmen gesichert sei, sehe der neuen Lage mit Ruhe entgegen, und werde auch am 26. Oktober wieder im Völkerbund anwesend sein.
Nach der Rede Daladiers wurde die Abstimmung über die Dringlichkeit der Haushaltsvorlage durchgeführt und das dringliche Verbot für die Vorlage und die Beratungen mit 470 gegen 120 Stimmen angenommen.

Neue und alte Rechtspflege



ISKI VE YINI MAHKEMI

Obenstehende Bilder veranschaulichen die Rechtspflege in der Türkei, wie sie vor der Einführung des neuen türkischen bürgerlichen Rechts geübt wurde und wie sie sich in der Republik äußerlich und innerlich verwandelt hat. Früher mußte die türkische Rechtsprechung auf der Grundlage der mohammedanischen Religionslehre, deren Vorschriften bei der Rechtspflege in der Türkei bis zur Ausrufung der Re-